

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1929

5.2.1929 (No. 30)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher-
straße Nr. 14
Fernsprecher
Nr. 953
und 954
Postkontonr.
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. Amend,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM, einsch. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 am Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder etc. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatt, der als Kasierabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antikliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Str. 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, zwangsweiser Verbreitung, und Konfiskation fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verantwortlichkeit zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wochenschriften, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Der Rhein friert zu Einstellung der Rheinschifffahrt

Während vom Mittel- und Niederrhein die völlige Einstellung der gesamten Rheinschifffahrt gemeldet wird, wird sie noch auf dem Oberrhein in geringem Umfang aufrecht erhalten. Allerdings haben die Schiffsreedereien die Fahrten im eigenen Interesse eingestellt, weil das in der Nacht sich bildende Eiseis den Betrieb des Rheinstroms, das sich untertags durch die Wärmeabstrahlung der Sonne löst und als Treibeis auf der Oberfläche des Stroms erscheint, zu einer Gefahr für die Schiffe wird. Im Karlsruher Rheinhafen ist der Betrieb nahezu völlig lahmgelegt.

Die Rheinfähre bei Leopoldshafen mußte infolge des Treibeises den Betrieb einstellen. Auch der Fährbetrieb mit Handwagen für den Personenverkehr ist gleichfalls recht gefährlich.

Der Neederverein Mannheim teilt mit, daß mit Wirkung des Dienstags die gesamte Rheinschifffahrt wegen Eisgangs im Berg- und Talverkehr eingestellt worden ist.

Aus Mainz wird gemeldet: Auf weite Flächen ist nunmehr der Rhein unterhalb von Bingen mit Eis bedeckt, und nur eine ganz schmale Rinne in dem sog. „neuen Fahrwasser“ zwischen dem linken Rheinufer und dem Mäuseturm ist eisfrei. Auch aus Orten unterhalb Bingen wird gemeldet, daß sich der Rhein stark mit Eis bedeckt hat. Die Fahrerinne bei Gaub zwischen der Pfalz und der linken Rheinseite ist vollkommen zugefroren und in der Nähe der Lorelei staut sich teilweise das Eis so sehr, daß die Möglichkeit besteht, daß der Rhein an dieser Stelle zufriert. Die Schifffahrt ist nunmehr auf dem Rhein vollkommen eingestellt. Die Schiffe haben größtenteils die Schutzhäfen bereits aufgesucht. Die einzelnen zu Tal kommenden Schollen haben eine beträchtliche Ausdehnung und teilweise bis zu 15 Zentimeter Dicke.

Im vergangenen Jahrhundert hatte der Rheinstrom sich in ganz kurzen Jahresabständen regelmäßig mit einer festen Eisecke überzogen (in früheren Jahrhunderten fast alljährlich), so daß die größten Lastwagen herüber- und hinüberfahren und große Feste auf dem Eise gefeiert werden konnten. Daß der Rhein heute nur noch selten eine feste Eisecke zeigt (in den Jahren 1891, 93, 94 und 1895 war das Eis zuletzt zum Stehen gekommen), hat seine Ursache in der Rheinregulierung, durch die der Strom außerordentlich verstärkt und die Fahrerinne vertieft worden ist. Dazu kommt die bedeutende Entwicklung der Schifffahrt, die den Fluß dauernd in Bewegung hält. Ein Haupthindernis für das Zufrieren des Rheins bilden aber die festen Rheindräden, an deren Pfeilern die Eisschollen brechen und so verhindern, sich aneinander zu schließen. Ein Zufrieren dürfte daher heute nur bei ganz plötzlich eintretender oder lang andauernder strenger Kälte denkbar sein.

Der Winter

W.D. Berlin, 5. Febr. (Tel.) Auch für die nächste Zeit ist voraussichtlich mit einem Anhalten der Kälte zu rechnen. Trotz zunehmender Bewölkung sind Niederschläge nicht zu erwarten. Die Luftbewegung ist weiterhin schwach. Mit Ausnahme von Helgoland und Vörlum, wo 8 Grad Wärme herrschen, und im Nordseegebiet, wurden auch in der vergangenen Nacht in ganz Deutschland große Kältegrade gemessen. Den niedrigsten Temperaturstand hatten Stellen mit 23 Grad und München mit 21 Grad. In Schlesien betrug die Kälte etwa 19 Grad. Berlin hatte in der Innenstadt nur 10 Grad Kälte, dagegen fiel das Thermometer in den Außenbezirken bis auf 22 Grad. Die geringste Kälte hatte das Rheinland, wo Aachen nur 7 Grad unter Null aufwies.

Die Kälte in Südrussland hat bereits ihren Tiefpunkt in Bosnien und auf dem Karstplateau erreicht, wo in Gospije eine Kälte von -35 Grad Celsius verzeichnet wurde. In Vihac in Bosnien sind mitten in der Stadt Wölfe aufgetaucht und haben dort die Einwohner überfallen.

Gegen die Innungsfrankenlisten. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat eine Motion zur Reichsversicherungsordnung eingebracht, in der es heißt: Bis zu einer anderweitigen gesetzlichen Regelung werden Innungsfrankenlisten nicht errichtet.

Luftschiff. Von der deutschnationalen Reichstagsfraktion ist beantragt worden, in den Haushalt für 1929 3 Millionen zur Förderung des Luftschiffes für die deutsche Zivilbevölkerung einzusetzen.

Weitere Verhaftungen in Spanien. Nach einer im „Echo de Paris“ veröffentlichten Agenturmeldung aus Cérret wurde der Sohn des verstorbenen spanischen Dichters Blasco Ibanez, als er aus Mentone nach Valencia zurückkehrte, ebenfalls verhaftet. Auch der frühere Kriegsminister und der frühere Minister für öffentliche Arbeiten seien verhaftet worden.

Der älteste Sohn Aman Allah, Hedajat Allah, der sich bisher studienhalber in Paris aufhielt, ist in Berlin eingetroffen, um nach einigen Tagen nach Moskau weiterzufahren.

Die Anruhen in Indien. Nach Meldungen aus Bombay sind bisher 53 Pantihans ins Krankenhaus eingeliefert worden. In Daravai wurden 3 Pantihawächter von der Menge ermordet. 6 Pantihans wurden in Worli getötet. Die Aufregung der Bevölkerung dauert noch an.

Die Schauspielerinnen Paula Eberth. Heute, Dienstag, früh ist die Berliner Schauspielerin Paula Eberth, die Witwe des Berliner Theaterkritikers Prof. Alfred Naar, im 60. Lebensjahre gestorben. Paula Eberth war eine der bekanntesten Erscheinungen der Pragerischen Theaterperiode und gehörte längere Jahre dem Deutschen Theater an.

Letzte Nachrichten

Auswärtiger Auslauf des Reichstags

W.D. Berlin, 5. Febr. (Tel.) Im Reichstag beschäftigt sich heute der Auswärtige Ausschuss mit dem deutsch-litauischen Handelsvertrag und dem deutsch-russischen Finanzabkommen, die nach kurzer Aussprache dem Handelspolitischen Ausschuss übermitten wurden. Dann folgte die Beratung des Kelloggpaktes. An der Aussprache beteiligte sich auch der Reichsaussenminister Dr. Stresemann.

Pariser Gilbert bleibt vorläufig in Paris

W.D. Paris, 5. Febr. (Tel.) „New York Herald“ hält es für unwahrscheinlich, daß der Generalagent für die Reparationszahlungen, Parter Gilbert, vor Eröffnung der Sachverständigenverhandlungen durch die erste offiziöse Zusammenkunft am Samstag noch die geplante Reise nach Berlin unternehmen werde, da sein Gesundheitszustand sich noch nicht genügend gebessert habe. — Der „Excelsior“ stellt außerdem fest, daß Parter Gilbert seit seiner Ankunft in Paris infolge seiner Grippeerkrankung noch nicht die beabsichtigten Unterredungen mit dem Ministerpräsidenten Poincaré und dem Gouverneur der Bank von Frankreich haben konnte.

Die Unterzeichnung des Litwinow-Protokolls

W.D. Warschau, 5. Febr. (Tel.) Die offiziöse Nachrichtenkorrespondenz erfährt, daß das Protokoll zum Kelloggpaakt in Moskau am 7. Februar polnischseits vom Befehlshaber Ratel unterzeichnet werden wird. Gleichzeitig mit Polen wird auch Rumänien, das einen Sonderbelegierten nach Moskau entsenden wird, dieses Protokoll unterzeichnen. Was die Haltung der baltischen Staaten anbetrifft, so wird hierüber die heute in Mga stattfindende Unterredung zwischen dem lettlandischen Außenminister Ballodis und dem estländischen Außenminister Raitil entscheiden.

Das britische Kreuzerbauprogramm

W.D. London, 5. Febr. (Tel.) „Daily Chronicle“ meldet: Ursprünglich waren in dem britischen Bauprogramm für 1928/29 drei neue Kreuzer vorgesehen. Auf einen davon wurde im vorigen Jahre Verzicht geleistet. Jetzt soll auch der Bau der beiden anderen Kreuzer, mit dem in diesem Jahre begonnen werden sollte, auf unbestimmte Zeit verschoben werden. Dieser Beschluß wurde gestern im Verlauf von Konferenzen zwischen Baldwin, Chamberlain und Churchill auf der einen und Bridgeman und den Seelords auf der anderen Seite erreicht. Er bedarf noch der Bestätigung durch das Kabinett, doch glaubt man nicht, daß er umgestoßen werden wird.

Die Kämpfe in Nicaragua

W.D. Managua, 4. Febr. (Tel.) Manuel Maria Jiron, der Stabschef des Führers der Aufständischen in Nicaragua, Sanbino, ist von einem amerikanischen Marineoffizier gefangen genommen worden. Er wird u. a. beschuldigt, ein amerikanisches Bergwerk zerstört und Plünderungen begangen zu haben.

Weiterer Abtransport aus Kabul

W.D. Peshawar, 5. Febr. (Tel.) Zwei britische Militärtransportflugzeuge sind gestern mit 7 Männern, 13 Frauen und 7 Kindern an Bord von Kabul hierher gekommen. Von den geretteten Personen sind 5 Deutsche, 5 Franzosen, die übrigen sind Indier.

Der erste Flug mit einem Schwermotor

Ein Junkers-Großflugzeug der Type G 24 führte in Dessau Sonntag nachmittag zum ersten Male mit einem Junkers-Schwermotor von 600 PS einen wohl gelungenen Flug über der Stadt Dessau aus. Es ist dies der erste deutsche Motor dieser Art, der in jahrelanger gemeinsamer Arbeit von der Junkers-Forschungsanstalt und vom Junkers-Motorenbau geschaffen wurde. — Der Versuch leitete möglicherweise eine Umwälzung in der Luftfahrt ein. Der Schwermotor ist erheblich betriebssicherer und weniger empfindlich, als der Benzinmotor. Außerdem verbraucht er unter normalen Umständen etwa die Hälfte des zum Antrieb des Benzinmotors notwendigen Brennstoffes. Seine Lebensdauer ist erheblich länger, und als wichtigster Faktor kommt hinzu, daß die Verwendung von Schwereöl die Brand- und Explosionsgefahr im Flugzeug außerordentlich verringert.

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ hat am Montag eine Versuchsfahrt unternommen, die sich auf die nähere Umgebung von Friedrichshafen beschränkte. Die Fahrt hat hauptsächlich der Prüfung des einwandfreien Funktionierens der Meßinstrumente gedient. Für die nächsten Tage sind weitere Versuchsfahrten vorgesehen.

Die Berliner Feuerwehr hatte am Montag einen Großkampfstieg. Rund 90 Brände wurden gemeldet, und gegen 11 Uhr abends war die gesamte Mannschaft nach den verschiedensten Richtungen ausgedirkt.

Der seit dem 17. November 1928 in Haft in Untersuchungsgefängnis befindliche Schwerverbrecher Otto Kayser, der in der Vernehmung bisher mehr als 130 Straftaten, bestehend aus Diebstahl und Raub, eingestanden hat, hat nun angegeben, auch die Mordtat auf dem Bahnhof Tapiau, den Mord an dem Landjäger Kuffertow bei Gutenfeld in der Nähe von Königsberg und die Raubüberfälle bei Crans verübt zu haben.

Die Wohnungsverhältnisse in Freiburg

Auf Grund der Reichswohnungsabzählung und der Wohnungserhebung vom 16. Mai 1927 wurden vom städt. Statistischen Amt die Wohnungsverhältnisse der Stadt Freiburg einer eingehenden Untersuchung unterzogen und die Ergebnisse unlängst in Nr. 6 der „Beiträge zur Statistik der Stadt Freiburg i. Br.“ veröffentlicht.

Die Wohnungsfrage ist nach dem Kriege in Deutschland zu einem der größten Sorgenfäden von Gemeinde, Staat und Reich geworden. Wohnungsmangel und Wohnungsmängel wurden durch das jahrelange Darniederliegen der Bautätigkeit und durch die gewaltige Zunahme der Haushaltungen außerordentlich verschärft. Die wachsende Wohnungsnot konnte nur durch eine planmäßige Wohnungspolitik der öffentlichen Verwaltung, insbesondere der Städte, wirksam bekämpft werden. Diefür erwies sich die Beschaffung genauer Unterlagen über die bestehenden Wohnungsverhältnisse als dringende Notwendigkeit. Es sollte namentlich über das Zusammenleben von mehreren Haushaltungen und Familien in einer Wohnung Aufschluß erbracht werden, um Anhaltspunkte für die Verteilung des Bedarfs an Wohnungen zu gewinnen. Zu diesem Zwecke wurde durch das Reichsgesetz vom 2. März 1927 eine Wohnungsabzählung sowie die Feststellung der Zahl der Wohnungsuchenden im Deutschen Reich angeordnet; die beiden Erhebungen fanden am 16. Mai 1927 statt.

Im ersten, größeren Teil der Arbeit gelangen die Ergebnisse der Wohnungsabzählung zur Darstellung. Es werden behandelt die bewohnten Grundstücke, Wohnungen, Wohnräume und deren Bewohner, Vorder- und Hinterhäuser, Vorder- und Hinterhauswohnungen, Bewohner in Vorder- und Hinterhäusern, die Wohnungen nach Größtenklassen (Klein-, Mittel- und Großwohnungen) und Rechtsverhältnis, die überfüllten und unterbelegten Wohnungen, sowie Wohnungen und Haushaltungen (Untermieter-Haushaltungen und Familien, Wohnungsfürsorge für tuberkulosekrante und kinderreiche Familien, Haushaltungen mit familienfremden Elementen usw.).

Der zweite Abschnitt berichtet über die Ergebnisse der Wohnungserhebung, über die Zahl und Größe der wohnungsuchenden Familien ohne selbständige Wohnung und mit selbständiger Wohnung, die soziale Sachlage und Dauer der Anlosigkeit dieser Familien in Freiburg, ferner über die Lage der derzeitigen Wohnstätten und die gewünschte Lage der künftigen Wohnung.

Der dritte Abschnitt enthält die Auswertung der Ergebnisse der beiden Erhebungen sowie eine Berechnung des zur Zeit der Abzählung vorhandenen Wohnungsfehlsbedarfs (1800) und des durch Eheschließungen, Wanderungsgewinn und Wohnungsabgänge jährlich entstehenden Neubedarfs an Wohnungen (200—250).

In Freiburg wurden bei der Reichswohnungsabzählung insgesamt 1664 Haushaltungen und Familien ohne selbständige Wohnung festgestellt. Auf je 100 Haushaltungen kommen 7,3 Familien ohne eigene Wohnung, während im Jahre 1910 auf je 100 Wohnungen ein Überschuß von 1,2 Wohnungen (Leerwohnungen) entfiel. Die Feststellung der Wohnungsucher ergab 2530 Wohnungsuchende, von welchen 1265 ohne selbständige Wohnung (Wohnungslose) waren. Es besteht also immer noch ein erheblicher Wohnungsfehlsbedarf, obwohl in der Nachkriegszeit von 1919 bis 1927 insgesamt rund 2400 neue Wohnungen erstellt wurden. Ohne die großzügige öffentliche Bautätigkeit und weitgehende Förderung des Wohnungsbaues der gemeinnützigen Bauvereinigungen und privater Bauherren wäre es kaum möglich gewesen, der großen Wohnungsnot, die durch den Zuzug von etwa 600 Flüchtlingfamilien aus Elsaß-Lothringen noch verschärft wurde, wirksam zu begegnen. Von der Stadtverwaltung wurden zur Förderung des Wohnungsbaues seit Einführung der Festmark rund 10,2 Millionen Reichsmark aufgewandt, da nur durch die Steigerung der Wohnungserzeugung die Wohnungsnot behoben werden kann.

Nach Durchführung des Bauprogramms 1927 wird die Zahl der von der Stadtverwaltung geförderten Wohnungen insgesamt 2310 betragen. Darunter befinden sich 1100 von der Stadt und der städt. Siedelungsgesellschaft erbaute, 501 von gemeinnützigen Bauvereinigungen und 709 von privaten Bauherren erstellte Wohnungen. Die von der Stadtverwaltung zur Beseitigung der Wohnungsnot seit Kriegsende durchgeführten Wohnungsbaumaßnahmen müssen daher als recht beachtenswerte und erfolgreiche Leistungen bezeichnet werden.

Durch die Abzählungsergebnisse wurden ferner wertvolle und zuverlässige Unterlagen für die Durchführung der künftigen Wohnungsprogramme gewonnen, während man bisher nur auf Schätzungen hinsichtlich des Wohnungsfehlsbedarfs angewiesen war.

Wenn auch infolge der regen Bautätigkeit und des erhöhten Zugangs an Neubauwohnungen die Wohnungsverhältnisse in den letzten Jahren eine Besserung erfahren haben und der Wohnungsfehlsbedarf von 1800 auf 1500 Wohnungen zurückgegangen ist, so wird es doch noch eine Reihe von Jahren dauern, bis die herrschende Wohnungsnot behoben — es ist auch noch eine beträchtliche Zahl von baufälligen und gesundheitsgefährlichen Wohnungen vorhanden, für die in absehbarer Zeit Ersatz geschaffen werden muß — und wieder einigermaßen erträgliche Verhältnisse auf dem Wohnungsmarkt, insbesondere ein bescheidener Wohnungsverrat, vorhanden sind. Die Stadtverwaltung hat schon vor dem Kriege Vorbildliches auf dem Gebiete der Wohnungsfürsorge für die minderbemittelten Bevölkerungsschichten geleistet, und sie hat auch in der Nachkriegszeit ihr Möglichstes in der Bekämpfung der Wohnungsnot getan. Freiburg gehört jedenfalls zu denjenigen deutschen Städten, welche den öffentlichen Wohnungsbau am nachhaltigsten gefördert haben. E. Frey.

Aus dem Reichstag

Die Handwerksnovelle verabschiedet — Das uneheliche Kind
Die Aussicht auf einige Neben über die Handwerker, wie man sie schon in der bisherigen Aussprache über die Handwerksnovelle zur Gewerbeordnung zur Genüge gehört hatte, konnte die Reichstagsabgeordneten nicht verlocken, am Montag pünktlich zu erscheinen. Infolgedessen klappte zu Anfang die Regie nicht ganz. Auf Antrag des Geschäftsordnungsausschusses sollte nämlich die Immunität des Nationalsozialisten Straßer wegen Vergehens gegen das Republiksgesetz aufgehoben werden. Das gelang aber nicht, weil dessen Freunde mit Erfolg die Beschlussfähigkeit des Hauses anzweifeln.

Präsident Ebe berief allerdings sofort eine neue Sitzung ein, in der dann zunächst ohne weitere Schwierigkeiten die Handwerksnovelle verabschiedet werden konnte. Die in ihr enthaltene Verbesserung der Organisationsformen des Handwerks wurde allerseits anerkannt. Die zahlreichen Anträge jedoch wurden mit wechselnden Mehrheiten abgelehnt. Die einzige Änderung gegenüber den Ausschlußbeschlüssen war die Wiederherstellung der vom Ausschuß gestrichenen Bestimmung, wonach Zwangsinnungsmeister Mitglieder ihrer freien Innung bleiben können.

Inzwischen hatten sich soviel Abgeordnete eingefunden, daß ohne neue Beschlussfähigkeit auch die Genehmigung zur Straßerverfolgung des Abg. Straßer gegen die Stimmen der Kommunisten und der Nationalsozialisten erteilt werden konnte. Die zweite Hälfte der Sitzung war mit der ersten Lesung des Entwurfs über die unehelichen Kinder ausgefüllt. Dieses Gesetz ist eine Novelle zum Bürgerlichen Gesetzbuch. Es will, wie Reichsjustizminister Koch in seiner Begründungsrede betonte, ermöglichen, daß die elterliche Gewalt über uneheliche Kinder der Mutter oder auch dem Vater übertragen werden kann, und soll außerdem die Annahme an Kindesstatt erleichtern, während die bisherige Gleichheitsverteilung mit mancherlei Schwierigkeiten verknüpft war.

In der Debatte ergriffen nur Frauen das Wort. Von den Sozialdemokraten und vom Zentrum wurde dabei der Entwurf sympathisch aufgenommen, während die Kommunisten die Gleichberechtigung der unehelichen Kinder erst in einem Sowjetvolksstaat erhoffte.

Eine Ausschüßentscheidung wegen Steuerermäßigungen im besetzten Gebiet wurde fast einstimmig gutgeheißen. Die Annahme einer weiteren Entschleunigung, die die Reichsregierung erlucht, dafür Sorge zu tragen, daß den Schuttschiffen im besetzten Gebiet die Ausübung des Schiffsportes gestattet wird, begegnete jedoch Schwierigkeiten, weil die Ränge der bürgerlichen Parteien schwächer besetzt waren als die der Sozialdemokraten und Kommunisten. Der Hammelsprung ergab jedoch, daß immerhin weniger Mitglieder der Linken im Hause waren, als bürgerliche Abgeordnete. Die Entschleunigung wurde daher angenommen.

Am heutigen Dienstag sollen die Anträge der Erwerbslosenfürsorge und das kommunistische Verlangen der Schaffung eines Einstellungszwanges für ältere Angestellte beraten werden.

Der Ältestenrat des Reichstags verteilte den Arbeitsstoff für die laufende Woche in folgender Weise: Am heutigen Dienstag werden die Erwerbslosenfragen beraten, am Mittwoch in zweiter und dritter Lesung die Vorlage über die Ratifizierung des Kelloggpatentes. An diesem Tage soll die Aussprache über das Arbeitsschutzgesetz begonnen werden, und diese Beratung wird am Donnerstag und Freitag fortgesetzt werden. Am Donnerstag sollen außerdem die Handelsverträge mit Litauen und Rumänien erledigt werden. Falls am Freitag die Beratung des Arbeitsschutzgesetzes abgeschlossen werden kann, wird der Samstag voraussichtlich sitzungsfrei bleiben können.

Die Koalitionsverhandlungen haben am Montag in Berlin keinen Fortschritt gemacht. Reichsminister Müller nimmt seine diesbezüglichen Bemühungen erst heute wieder auf. — In der preussischen Regierung fordert die Deutsche Volkspartei zwei Ministerposten.

Schutzgülle und Arbeitslosigkeit. In einer Rede auf einer liberalen Versammlung wandte sich in London Sir Herbert Samuel gegen die Auffassung, daß Schutzgülle ein Heilmittel gegen Arbeitslosigkeit sei und verwies auf das Beispiel Deutschlands, wo es trotz hoher Gülle über 2 Millionen Arbeitslose gebe und wo der Lebensstandard nur ein Drittel so gut sei wie in England.

Ausstellung von Feuerwerbungen in der Karlsruher Kunsthalle

Die Ausstellung umfaßt die Feuerwerbungen der letzten Jahre, vermehrt durch einige Bilder, die aus früheren Anfängen stammen, aber allgemeiner Betrachtung noch nicht zugänglich waren. Das erklärt sich aus der Tatsache, daß das Einfügen solcher Feuerwerbungen in einzelnen Sälen große Schwierigkeiten mit sich bringt, sei es durch die Entfernung ausgelegter Bilder, sei es durch die Neuordnung ganzer Abteilungen als der einzigen Möglichkeit, größeren Zuwachs organisch einzugliedern. Eine Neugestaltung der Galerie, verbunden mit Auswahl und Sichtung der Bestände, gehört zu den allgemein als notwendig erkannten Aufgaben. Sie wurde eingeleitet durch den früheren Direktor, wurde dann unterbrochen, wohl um den Plänen eines kommenden Direktors nicht vorzugreifen, der sich an dieser Aufgabe in besonderem bewähren soll.

Dennoch stehen die allgemeinen Ziele fest, die die Galerie mit ihren Anfängen verfolgt. Die vorhandenen Bestände fordern eine gewisse Einseitigkeit, denn der Ausbau der altdeutschen Abteilung, die Bereicherung im Gebiet der deutschen Malerei des neunzehnten Jahrhunderts, die Vermehrung der badischen Gruppe durch hochstehende Arbeiten geht nur auf Kosten der italienischen und holländischen Malerei und mit Einschränkungen leider auch der französischen Kunst, Arbeiten, die bis jetzt mehr oder weniger aporphistisch vertreten sind und wegen der außerordentlichen Preise unmöglich zu in sich geschlossenen Abteilungen ausgebaut werden können. Die neue Ausstellung läßt erkennen, daß mit großer Auswahl und Verantwortung gefaßt wurde, wesentliche Lücken konnten ausgefüllt, erfreulich bedeutende Kunstwerke erworben werden.

Die Ausstellung, zu der ein kleiner, sachlicher Führer erschienen ist, wird eingeleitet durch die **Altdentschen**, die besonders reich vertreten sind. Im Mittelpunkt steht ein köstliches Bild, ein kleiner **Hans Baldung-Grien**, datiert 1528, schon durch die Malerei, die etwas vom Edelmut einer Werke zu besitzen scheint und einem Entwicklungsstadium des Künstlers entspricht, das bis jetzt in der Galerie fehlte. Sehr glücklich ist auch die Erwerbung eines hochstehenden Werkes wohl aus mittelhochdeutschem Gebiet, das zu einem Altar gehört, von dem sich bereits ein Bild in der Galerie befindet. Die Inschriftung an den sogenannten **Meister des Hausbuches** erwies sich seit der letztjährigen, mittelhochdeutschen Ausstellung in Darmstadt als unhaltbar, es dürfte sich um einen qualitativ gleichwertigen Meister mit gleicher stilistischer Herkunft handeln, für

Reich und Länder

Bayerns Antwort an Preußen

Auf die Erklärungen des preussischen Ministerpräsidenten zu den Entschleunigungsforderungen Bayerns und Preußens antwortet nun die bayerische Staatsregierung:

Die vom Reichstanzler gewünschte Vertraulichkeit der Verhandlungen vom 25. Januar schloß eine vertrauliche, informatorische Besprechung der schwebenden Fragen im Kreise der Landesregierung nahebestehenden Kreise nicht aus.

Der bayerische Ministerpräsident erklärte dem preussischen bei seinem Besuche dahin auf, daß die bayerische Regierung die 3,5-Milliarden-Forderung Preußens nicht grundsätzlich ablehne, daß aber zur rechtlichen Begründung dieser Forderung sie ebenso wie die Reichsregierung gemäß § 88 des Kriegsgesetzes vom 11. Juni 1873 ein spezielles Reichsgesetz für notwendig erachte. Das Schreiben der Reichsregierung vom 19. September 1919, worin die damalige Reichsregierung erklärte, das Reich werde für alle Schäden eintreten, die sich aus dem Friedensvertrag für die einzelnen Länder ergäben, sei nur ein Programm der damaligen Reichsregierung gewesen. Unmittelbare Rechtsansprüche könnten aus diesem Schreiben nicht abgeleitet werden. Da für diese Entschleunigungsforderung Preußens somit ein Rechtstitel noch nicht vorliege, könnte diese Forderung mit der bayerischen Forderung auf Post- und Eisenbahnschädigung nicht auf gleiche Stufe gestellt werden. Dagegen habe die bayerische Regierung für diese beiden Forderungen niemals ein Verrecht vor der preussischen Forderung auf Eisenbahnschädigung in Anspruch genommen. Diese Forderungen ständen sich gleich. Abzuziehen habe Bayern auch in Rücksicht auf die finanzielle Lage des Reiches nie das Kapital der Post- und Eisenbahnschädigung verlangt, sondern lediglich die in den Staatsverträgen vereinbarte Verzinsung.

Es ist unrichtig, daß in der Konferenz vom 25. Januar die Vertreter Bayerns geltend zu machen versuchten, daß ihre Ansprüche vor allen anderen rangierten und demgemäß unter Ausschaltung der Vertreter der Länder, die an der Postabfindung und der Vierjahresabfindung nicht interessiert seien, erledigt werden müßten. Sie haben vielmehr lediglich geltend gemacht, daß vor diesem Forum nur über die Eisenbahnschädigung, nicht aber auch über die bayerische Post- und Vierjahresabfindung verhandelt werden könne. Ein Vorrecht der Postentschleunigung vor der Eisenbahnschädigung haben sie weder am 25. Januar noch jemals vorher geltend gemacht. Ein solches Vorrecht haben sie ebenso wie die anderen Ländervertreter lediglich für die Eisenbahn- und Postentschleunigung geltend gemacht gegenüber der 3,5-Milliarden-Forderung Preußens, für die ein Rechtstitel noch nicht bestünde.

Der preussische Ministerpräsident hat nicht nur den Vorschlag gemacht, die Regelung der Rechtsentschleunigungen für den Übergang der Eisenbahnen auf das Reich bis zu dem Zeitpunkt hinauszuschieben, wo die Reichsbahn wieder unter die freie Verfügungsgewalt der Reichsregierung kommt, sondern er hat dieses Schicksal auch der bayerischen und der württembergischen Postabfindung zugedacht. Insbesondere hat dieser Standpunkt mit großer Schärfe der preussische Finanzminister vertreten.

Nichts liegt der bayerischen Regierung ferner, als in Bayern eine „preussenseindliche“ Stimmung zu nähren. Das Verhalten der verantwortlichen preussischen Staatsmänner und insbesondere des preussischen Finanzministers ließ allerdings keine andere Auffassung zu, als daß Preußen in diesen Fragen Bayerns Gegner ist. Die Äußerung des bayerischen Finanzministers in der Münchener Pressebesprechung am 31. Januar, die wir vom ersten Augenblick an ihrer Form wegen bewahrt haben, war ein Auswuchs des zutiefst gekränkten bayerischen Rechtsempfindens, dem nur durch Erfüllung der durch die Staatsverträge verbrieften Rechtsansprüche Bayerns Genüge geschehen kann.

Nicht das Vorgehen des bayerischen Ministers hat die Lösung des so überaus wichtigen Problems der Regelung der Entschleunigungsansprüche der Länder gegen das Reich erschwert, sondern die bittere Enttäuschung, die Bayern bei seinem ersten Versuch, mit Preußen in dieser wichtigen Frage zusammenzukommen, bereitet wurde.

Der Oberpräsident von Ostpreußen, Siehr, wird nach Moskau reisen, um wirtschaftliche Einblicke und Informationen zu sammeln. Es wird dabei darauf hingewiesen, daß Königsberg eine Mittlerstellung für den russischen Handel mit Deutschland einnimmt.

Keine Rückfahrsmöglichkeiten mit Sonntagsfahrkarten an Samstagen

In der Sitzung des württembergischen Eisenbahnsatzes erklärte der Präsident der Reichsbahndirektion Stuttgart:

Der Wunsch nach Zulassung der Sonntagsrückfahrten zur Rückfahrt am Samstag hat keine Aussicht auf Erfüllung. Die Schaffung einer verbilligten Rückfahrsmöglichkeit am Samstag, die übrigens nicht mehr im Einklang mit der mit der Einführung der Sonntagsfahrten verfolgten Absicht stünde, würde dazu führen, daß Geschäftsbesorgungen in großem Umfange auf den Samstagnachmittag verlegt würden, so daß sich der Verkehr in einer Zeit zusammenballen würde, in der die Bewältigung des Berufs- und Arbeiterverkehrs ohnehin Schwierigkeiten macht. Um den Unterschied zwischen dem gewöhnlichen und dem ermäßigten Fahrpreis auszugleichen, wäre eine Verkehrssteigerung um 50 Proz. erforderlich. Diese würde bei einer Zulassung der Sonntagsrückfahrt nicht erreicht, da die gewünschte Neuerung vorwiegend Reisenden zugute käme, die sowieso reisen müssen.

Eine Schweizer Stimme zur Poincaré-Rede

Die „Neue Zürcher Zeitung“ schreibt zur Rede Poincarés in der französischen Kammer:

Die Rede ist leider ein neuer Beweis für das geringe psychologische Verständnis, mit dem von Paris aus das Elsass regiert wird. Für das Verstehen einer ihm fremden Mentalität fehlt Poincaré jedes Sehnsucht. Die Elässer sind der Auspionierung und der Verdächtigungen müde, wenn man ihnen nicht vertraut, werden sie störrisch und demonstrieren. Der Erfolg der autonomistischen Bewegung wäre nie möglich gewesen ohne die Gewaltpolitik, mit der man sie von Paris aus bekämpfte wollte. Für das elssässische Volk ist die Frage international erledigt, und es wäre zu wünschen, daß die Autonomen sich belehren und zu keiner Desperadapolitik verleiten lassen würden. Das elssässische Volk hat ein Recht zur Wahrung seiner geschichtlichen und kulturellen Eigenart, und es gereicht Frankreich zum größten Schanden, daß es sich diesem Wunsch bis jetzt widersetzt hat und nichts besseres zu tun wußte, als mit der Woge der Assimilation über das Land zu fahren. Konzeptionen in der Sprachenfrage hätten dem Autonomismus jeden Wind aus den Segeln genommen. Frankreich müsse die Elässer nehmen wie sie sind. An ihrer deutschen Vergangenheit herumzugrubeln ist unedelmütig und schafft böses Blut.

Kleine Chronik

Zwei Berliner Realschüler sind, nachdem sie den Eltern einige hundert Reichsmark entwendet hatten, mit einem Motorrad durchgebrannt.

Auf der Straße Kottowitz-Drowso stießen ein Schnellzug und ein Personenzug zusammen. Zehn Personen wurden verletzt.

Die Eishärtigkeiten an der Ostsee verschärfen sich zusehends.

Bei der Ausbesserung eines Hochofens in Nancy sind neun Arbeiter durch aufstrebende Gase betäubt worden. Einer von ihnen ist bereits gestorben.

Einbrecher drangen in Hamburg in ein Kontor der inneren Stadt ein, erbrachen einen Geldschrank durch Sauerstoffgasgläser und erbeuteten u. a. 17.000 RM in bar.

Zeitschriftenschau

Das Heft „Kunst und Form“ (Verlagsabteilung der Schule Reimann, Berlin) erscheint als Monatsheft zum Reimannfest. Es wird die Festteilnehmer durch seine künstlerisch dargebrachten Mitwirkenden und ihre frohe Laune steigern. Die typographische Gestaltung ist diesmal von reizvoller Besonderheit. Jedes Lob über den Inhalt erübrigt sich, wenn man neben bekannten Karikaturzeichnern Namen der literarischen Mitarbeiter wahrnimmt, wie Donath, Glosse, Fritz Engel, Georg Engel, Josef Maria Franz, Feuchtwanger, Thea v. Harbou, Höder, Herr, Nest Langer, Weinhard, Wehring, von Rolo, Morgan, Salmari, Rolly Tied, Tobote, Koellinghoff, Wolfradt und viele andere.

den man den Namen eines Meisters der Karlsruher Galerie vorgebracht hat. Noch stärker ist eine Himmelfahrt aus dem Kreise der Erfurter Kunst, wiederum Ergänzung zu einer vorhandenen und zum gleichen Altar gehörigen Tafel, außerordentlich stark durch den inneren Reichtum der Malerei und die Intensität des motivischen Zugriffs. Der Künstler, der nach dem berühmten Regleraltar in Erfurt genannt wird, ist die bedeutendste Persönlichkeit, die Thüringen für die Malerei der zweiten Hälfte des fünfzehnten Jahrhunderts hervorbrachte hat, seine Werke sind außerordentlich selten. In den Kreis dieser beiden Bilder gehört schließlich noch die Darstellung eines **Bunders der Auferweckung**, eine besonders qualitativ Malerei, die bis jetzt noch nicht genau lokalierbar ist und vermutlich in schweizerischem oder österreichischem Alpengebiet entstand. Neben solchen Meisterwerken steht naturgemäß auch weniger Bedeutendes, so daß wir uns bei der Kürze einer Besprechung mit einer Aufzählung begnügen dürfen. Interessant sind zwei große Altarflügel, die wahrscheinlich aus Rehl stammen, weiterhin zwei Bilder aus der Umgebung von Schaffhausen, erworben aus der aufgelösten Sigmaringer Sammlung und ebenfalls zu einem vorhandenen Bild desselben Altars stimmend, endlich die Halbfigur eines Apostels, ein vielleicht nicht ganz eigenhändiger Lucas von Leyden, und ein Ritter Georg, für den motivisch ein Holzschnitt Dürers verwendet und in den temperamentvollen Stil der **Donau-Schule** überföhrt wurde.

Wir übergehen ein Genrebildchen des seltenen Holländers **Kid**, der ähnlich wie Pieter Godde aus der Frans-Hals-Schule hervorgegangen sein dürfte, und eine hübsche Magdalena von **Januarius Bild**, die das siebzehnte und achtzehnte Jahrhundert in der Ausstellung vertreten. Auch die stillen und empfindsamen **Romaniker**, unter denen ein **Carus** als erfreuliche Bereicherung angeführt werden muß, seien nur erwähnt, denn der Nachdruck liegt auf der späteren deutschen Kunst des neunzehnten Jahrhunderts und der Wende zur Gegenwart. Sie wird eingeleitet durch eine besonders schöne, frühe Landschaft von **Schirmer**, dem Lehrer **Thomas**, und ergänzt durch ein breit und mächtig gemaltes Künstlerporträt von **Coubert**, der auf **Thomas** Entwicklung einen starken Einfluß ausgeübt hat. **Thomas** selbst ist durch das frühe Bildnis des Malers **Steinhilfen** und eine als Geschenk überwiesene, spätere Arbeit vertreten, und von **Gella Thomas**, der Frau und Schülerin des Künstlers, wurde ein Blumenstillleben zur Abrundung der **Thomas-Sammlung** erworben. Vor allem aber ist endlich der **deutsche Impressionismus**, dem **Thomas** sogar in seiner Eigenschaft als Galeriedirektor ablehnend gegenüberstand, im Karls-

ruher öffentlichen Kunstbesitz zu Worte gekommen. In erster Linie **Trübner**, von dem mit Ausnahme zweier Porträts nur Bilder zweiten und dritten Ranges vorhanden waren, mit einer Chiemsee-Landschaft der besten Zeit, vielleicht einem der schönsten Bilder, das er gemalt hat. Dann **Liebermann** mit einem farbig lebendigen Gemütemarkt, einem unmittelbaren und reichen Bild, schließlich **Grünth** mit dem Porträt seiner Frau, einer Arbeit des Künstlers, in der sich die Befreiung zu seinem gemaltigen Spätstil bereits im Vorzug ankündigt. Auch die Gruppe der badischen Künstler, die bis jetzt mehr zufällig gefammelt erschien, wird durch die neu erworbenen Werke einheitlicher und bestimmter umrissen. In diesem Sinne ist ein Blumenstillleben von **Hausen** zu bewerten, starke Malerei und Überlegung einer Wirklichkeit in künstlerischer Gestaltung, eine Landschaft mit blühenden Bäumen von **Villingen**, sehr konzentriert als Ausdruck und Ankerung, dann das Mädchen im Spiegel von **Abdrin**, der in diesem Bild eine bedeutende Leistung dokumentiert. **Gobel's** differenzierte Landschaft ist Gegenfah zu der Auffassung, die **Georg Scholz** in einem Bild aus dem Fenster ausgedrückt hat, die auf Stimmung mehr oder weniger verzichtet und auf Schärfe der Realität des Gegenstandes, auf eine Art Objektivierung ausgeht. In der gleichen Richtung, die man — um einen Titel zu haben — neuschäplich genannt hat, steht **Schlöfster** mit dem Porträt des Dichters **Bert Brecht**, das zeigt, daß der hervorragende Zeichner sich zum Maler weiterentwickelt hat. Auch die Plastik ist zu erwähnen: ein Freund vorgeneigter weiblicher Art von **Gertel**, mit großem Ernst zur künstlerischen Gestaltung gesammelt, und ein Selbstbildnis, das zu den gespanntesten und eindrucksvollsten Arbeiten gehört, die mir von **Werner** bekannt sind. — Fast man alles zusammen, so ergibt sich nicht nur eine außerordentliche Bereicherung der Galerie, sondern auch eine Eindeutigkeit des Ausbaues, die als das Erfreulichste festgestellt werden muß, was außer dem Kunstwerk als solchem aus der Tatsache dieser Ausstellung hervorgeht.

Dr. Martin.

Hugo Salus †. Der bekannte lyrische Dichter Hugo Salus ist in Prag im Alter von 62 Jahren einem Anfall von Herzschwäche erlegen. Der in Böhmisch-Leipa geborene Dichter, der eine der bekanntesten Persönlichkeiten der Prager deutschen Gesellschaft war, war seit dem Jahre 1885 als Fremdenart in Prag tätig. Mit dem tschechischen Dichter Jaroslav Bráclavský verband in jahrelange Freundschaft. Salus' Werke sind wiederholt ins Tschechische überföhrt worden. Anlässlich seines 60. Geburtstages wurde er von der tschechisch-komunistischen Republik durch ein Ehrengeheimnis ausgezeichnet.

Badischer Teil

Die Kosten der drei neuen Rheinbrücken

Beim Haushalt des Reichsverkehrsministeriums wird für den Bau der Rheinbrücken bei Ludwigshafen, Speyer und Mainz ein dritter Teilbetrag von 72.000 M. angefordert. Für den Bau der drei Rheinbrücken sind bereits in den Jahren 1927 und 1928 Mittel in Höhe von zusammen 665.000 M. bewilligt worden. Die Kosten des Baues dieser drei Rheinbrücken in Höhe von rund 42 Millionen Reichsmark werden gemäß Vereinbarung zu je einem Drittel vom Reich, den Ländern (Waren und Baden) und der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft übernommen und in Teilbeträgen der bauausführenden Behörde — der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft — zur Verfügung gestellt. In der zweiten Hälfte des Rechnungsjahres 1929 sollen die örtlichen Arbeiten für den Bau der Brücken aufgenommen werden, nachdem die ausführenden Entwürfsarbeiten usw. abgeschlossen sind und die Besatzungsbehörden ihre Zustimmung erteilt haben. Benötigt werden in dem kommenden Etatsjahr voraussichtlich im ganzen 2,1 Millionen Reichsmark, von denen je ein Drittel gleich 700.000 M. vom Reich, den Ländern und der Reichsbahn aufzubringen sind.

Grenzverkehr mit der Schweiz und Frankreich

Die Grenzübergangsstellen in Blittersdorf, Greftern, Freistadt, Ottenheim, Kappel, Weisweil, Sasbach und Unteregglingen sind mit sofortiger Wirkung für den allgemeinen Verkehr mit Kraftfahrzeugen (Kraftwagen und Krafttrader) geöffnet. Notwendige Kontrollen werden wie bisher von den Grenzaufsichtsbeamten vorgenommen.

Freigabe von Unterricht an Fastnacht

Die Direktoren und Leiter der dem Ministerium des Kultus und Unterrichts unterstellten Schulen sind ermächtigt, sofern die örtlichen Verhältnisse es erfordern, am Nachmittag des Fastnachtsdienstags den Unterricht ausfallen zu lassen. Für Abendschulen kann der Unterrichtsbeginn gemäß den örtlichen Bedürfnissen auf 10 Uhr festgesetzt werden.

Das Kaiser-Wilhelm-Institut in Heidelberg

In dem Haushalt des Reichsministeriums des Innern sind zwei Etatspositionen für das Kaiser-Wilhelm-Institut für medizinische Forschung in Heidelberg bemerkenswert. Für den Neubau des Instituts wird ein zweiter Teilbetrag von 200.000 Reichsmark angefordert. Das unter Beteiligung Badens erbaute Kaiser-Wilhelm-Institut für medizinische Forschung soll am 1. April 1929 in Betrieb genommen werden. Der Personal- und Sachhaushalt für die im Rahmen des Gesamtinstituts zu errichtenden Forschungsinstitute für Physik, Chemie, Physiologie und Pathologie erfordert ferner einen Reichsaufschlag von 460.000 M. Die Kosten für das Institut für Serologie in Verbindung mit den Instituten für Eiweißforschung und für Krebsforschung trägt Baden.

Neue Finanzämter in Baden

In dem neuen Reichshaushalt werden vom Reichsfinanzministerium verschiedene Beträge für Neubauten gefordert, und zwar für den Anbau und Umbau eines Hauses für das Finanzamt Heidelberg 241.000 M., dann als Teilbetrag für den Neubau des Finanzamtes Forstheim 174.750 M. Schließlich ist für den Anbau und die Errichtung eines Gebäudes für die Zollabfertigungsstelle in Konstanz (Klein Benedig) ein Betrag von 53.000 M. angefordert.

Der Verein badischer Handelslehrer

hielt am Sonntagvormittag im Landtagsgebäude in Karlsruhe seine Generalversammlung ab. Unter den Gästen sah man den Kultusminister Dr. Veers und die Oberregierungsräte Huber und Wahn, u. a.

Der erste Obmann des Vereins, Handelschuldirektor Baur, Freiburg i. Br., gab einen Rückblick auf die Tätigkeit des Verbandes in den verflochtenen Jahren. Kultusminister Dr. Veers stellte fest, daß Ministerium und Verein badischer Handelslehrer immer vorbildlich an gemeinsamen Aufgaben und Zielen zusammengearbeitet hätten. Die Regierung nehme lebhaftes Interesse an Handel, Julem und Lehrerverband. Umverteilungsdirektor Dr. Feld, Frankfurt, sprach über: „Die wirtschafts- und bildungspolitische Wertung der höheren Handelslehrerämter“. Die Vorstandswahlen ergaben folgendes Resultat: Erster Obmann Handelschuldirektor Dr. Baur, Freiburg, erster Stellvertreter Obmann Handelschuldirektor Dr. Krafft, Karlsruhe, zweiter Stellvertreter Handelschuldirektor Dr. Dülland, Freiburg, Schriftführer Studienrat Meier, Freiburg, Rechnung Studienrat Kunz, Karlsruhe, Schriftleiter Handelschuldirektor Dr. Werber. Als Beisitzer wurden gewählt Studienrat Dr. Brand, Mannheim, Handelschuldirektor Dr. Horst, Mannheim, und Handelschuldirektor Volk, Karlsruhe.

Badischer Städteverband

Der Badische Städteverband hielt vor einigen Tagen im Rathaus zu Freiburg eine Vorstandssitzung ab. Hauptgegenstand der Tagesordnung waren — wie uns geschrieben wird — die zur Zeit dem Reichstag vorliegenden Steuerentwürfe für das Steuervereinfachungsgesetz, das Grundsteuerermäßigungs-, das Gewerbesteuerermäßigungs-, das Gebäudebesitzsteuerermäßigungs- und das Steueranpassungsgesetz. Die Gesetzentwürfe wurden eingehend durchgesprochen und dabei festgestellt, in welchen einzelnen Punkten die Interessen der Städte dringend eine Abänderung der Bestimmungen verlangen. Auch bei diesen Gesetzentwürfen hat sich erneut gezeigt, wie dringend notwendig die Bildung einer Kommunalabteilung im Reichsministerium des Innern ist, die den Städtevertretungen die Möglichkeit gibt, schon bei der Fassung von Gesetzentwürfen ihre Forderungen zur Geltung zu bringen. Aus den übrigen Tagesordnungsgegenständen sind zu erwähnen die Einführung einer Zuhörsteuer, die Beteiligung des Landes an dem Fürsorgeaufwand, Notstandsmaßnahmen für Erwerbslose sowie Beamten- und Befoldungsfragen.

Aus den Parteien

Am Sonntag tagte in Forstheim der kommunalpolitische Ausschuss der Deutschen Volkspartei. Als Endforderung für eine Gemeinderform in Baden wurden folgende Punkte aufgestellt: 1. das Einkommenssteuersystem, wie in Württemberg und Bayern, mit der unmittelbaren Beteiligung des einzigen Gremiums des Gemeinderats an der gesamten Gemeindeverwaltung; 2. die freie Wahlvorschlagsliste, mindestens in Gemeinden unter 20.000 Einwohnern, mit dem Recht, aus anderen Vorschläge zu übernehmen und auf Bewerber Stimmen zu häufen, ist anzustreben. Weiter wurde eine Entschließung angenommen, in der der Abänderungsantrag der volksparteilichen Landtagsfraktion auf Neugestaltung des Gemeindeverfassungsausschusses gutgeheißen wird.

Graf Douglas über die badische Landwirtschaft

Anlässlich der Generalversammlung am Sonntag des seit zwei Jahren bestehenden bäuerlichen Berufsvereins Danauerschlingen-Baar sprach der Präsident der Badischen Landwirtschaftskammer Graf Douglas, über die Lage der badischen Landwirtschaft und über die Mittel und Wege zu ihrer Besserung.

Er ging in seinen anderthalbstündigen Ausführungen von der schlechten Lage der Landwirtschaft in allen Agrarstaaten der Welt aus und kennzeichnete die Ursachen der besonders unglücklichen Lage in der deutschen Landwirtschaft. Angesichts der vor dem Abschluss stehenden drei neuen Handelsverträge mit den Staaten Polen, Tschechoslowakei und Kanada verlangte der Redner, daß diese drei Handelsverträge nicht auf dem Rücken der deutschen Landwirtschaft abgeschlossen werden dürften. Die städtischen Verbraucherverbände müßten ihre Waren bei den deutschen landwirtschaftlichen Organisationen einkaufen und nicht mehr im Ausland. Von den Staatsstellen müßte eine neue Propagandatätigkeit für den Absatz von landwirtschaftlichen Produkten eingerichtet werden. Zur Kreditwirtschaft übergehend, bezeichnete Graf Douglas einen Zinsfuß, der 5 Prozent übersteige, als für die deutsche Landwirtschaft nicht tragbar. Mit der Vereinigung des badischen Landwirtschaftswesens sei man auf dem richtigen Wege, allerdings seien noch mancherlei Änderungen und Verbesserungen vorzunehmen.

Aus der badischen Industrie

Die Sanierung der Eisenwerke Gaggenau gefährdet. Bei den zum Teil am Montag stattgefundenen Bürgerausführungen in verschiedenen Gemeinden des Murgtales zur Sanierung der Eisenwerke Gaggenau sind zum Teil ablehnende Beschlüsse über die Teilnahme an der Ausfallbürgschaft der zur Sanierung des Werkes erforderlichen Kapitalbeschaffung gefaßt worden. So wurden in Rotenfels, Hilpersau, Staufenberg, Ebersteinburg, Ottersdorf die entsprechenden Anträge abgelehnt. Zu einer zustimmenden Aufnahme kam man in Forbach, Sulzbach, Freilshausen und gemäß einem früheren Beschluß auch die Stadt Gaggenau selbst. Aus den übrigen beteiligten Gemeinden liegt ein Beschluß noch nicht vor, so daß ein abschließendes Urteil noch nicht gesprochen werden kann.

Wechsel in der Leitung der Baduf. Mit dem 1. Februar ist, wie aus Fortanungen gemeldet wird, in der Leitung der Badischen Althornfabrik (Baduf) ein Wechsel eingetreten. Der 41 Jahre lang in der Badischen Althornfabrik tätig gewesene Direktor Albert Nombach, dessen Wirken es zu danken ist, daß die Althorn seiner Firma in der ganzen Welt eingeführt wurden, hat er doch allein 14 Jahre lang in China gewirkt, ist mit dem 31. Januar aus dem Unternehmen ausgeschieden, um in Freiburg das Expeditionsamt seines Schwiegerbruders zu übernehmen. An seine Stelle kommt Direktor Eugen Krafft aus Schwetzingen. Der technische Leiter, Edo Nombach, wird auch weiter dem Betrieb der Baduf in Sittenbach vorstehen.

Schließung der Gießereiwerke Saslach i. R. Der Betrieb wird Ende Februar endgültig geschlossen werden. Von dieser Einstellung werden rund 200 Arbeiter betroffen; ein Weiterverkauf der Werkanlagen soll nicht in Frage kommen.

Ein kleiner Lichtblick aus der Tabakindustrie. Wie bekannt, hatten in Ringolsheim (bei Bruchsal) bis auf eine oder zwei Zigarettenfabriken sämtliche anderen Fabriken den Betrieb einige Zeit eingestellt. Jetzt hört man, daß die Firmen Eschbacher & Koppel, Ulrich Wadenheim, F. S. Stein, Södde, ihren Betrieb wieder aufgenommen haben, wenn auch vorläufig in geringem Umfang. Auch die schon seit 19. November stillgelegte Fabrik Mecher & Stolzenhaller hat nach erfolgtem Abkommen mit ihren Gläubigern den Betrieb wieder aufgenommen.

Vom Badischen Waldbesitzerverband

Vom Badischen Waldbesitzerverband wird uns geschrieben: Für Beförderung von Mastenengerholz ist endlich ein Ausnahmestempel eingeführt worden. Die Verbilligung beträgt 15 Prozent des normalen Frachtpreises. Er umfaßt Stamm-, Stangen-, Scheit-, Rollen- und Krügelholz, sämtlich bis 1,5 Meter lang, von Edelkastanie beim unmittelbaren Versand an Gerbstoffabriken zur Bereitung von Gerbstoffauszügen. Gültig vom 1. 1. 1929 bis 30. 6. 1929 bei jederzeitigem Widerruf.

Anwendungsbedingungen: 1. Der Frachttarif muß an eine Gerbstofffabrik gerichtet sein, und auf den Bestimmungsbahnhof lauten, der für die empfangende Gerbstofffabrik in Betracht kommt. Der vorgesehene Verwendungszweck ist im Frachttarif in der Spalte „Inhalt“ anzugeben. 2. Der Ausnahmestempel wird nur Sendungen gewährt, die auf den Versandbahnhöfen mit Handfuhrwerk oder Kleinbahnen angefahren werden, nicht aber für solche, die daselbst mit Schiff oder mit der Eisenbahn eingehen. Unmittelbar vorhergehende Beförderung mit der Eisenbahn ist nur zugelassen von einem Lagerplatz oder Anschlußwerk des Versandbahnhofes.

Geltungsbereich. Nach den Bahnhöfen Murrhardt und Neulingen-Süd, von den Bahnhöfen Achern, Mischweiler, Appenweier, Baden-Baden und West Rammental, Biberach (Baden), Bühl, Bühlertal, Gaggenau, Gengenbach, Gernsbach, Saslach i. R., Heidelberg mit Karlsruhe, Horden, Ottenau, Lahr, Dinglingen, Lahr-Stadt, Lautenbach (Baden), Oberbühlertal, Oberkirch, Offenburg, Oppau, Orschwihr, Ortenberg (Baden), Ottersweier, Renggen, Sinsheim b. Bühl, Steinbach (Baden), Windischlag, Ferner Bad Peterstal, Rammental, Widenfadenfabrik Eichenheim, Eichenheimmünster, Forbach, Gernsbach, Furschbach, Gubader, Kappelrodeck, Kuppenheim, Mündelweier, Oberharmersbach-Dorf, Oberharmersbach-Niersbach, Ottenhöfen, Steinach (Baden), Unterharmersbach, Zellharmersbach. Frachtberechnung. Die Fracht wird berechnet nach den Entfernungen der Entfernungszeiger und den Frachtpreisen der Hauptklasse F des Reichsbahn-Tarifs, gekürzt um 15 Proz.

Tagungen

Ein Lehrertreffen in Freiburg. In den Tagen vom 25. bis 27. März findet in Freiburg eine Mitgliederversammlung des Badischen Lehrervereins statt. Der erste Tag steht am Nachmittag eine Vertreterversammlung und für den Abend eine Begrüßung vor. Am folgenden Tag findet die Hauptversammlung statt, bei der Prof. D. Diebelius, Heidelberg, einen Festvortrag über „Die Schule im Dienste der Volks- und Fortbildung“ hält. Abends werden die Gäste dann im Freiburger Stadttheater einer Festaufführung von „Fidelio“ beehren. Der dritte Tag steht wiederum am Vormittag eine Vertreterversammlung. Besichtigungen werden diese Tagung schließen.

„Europäischer Zollverein und Mitteleuropäische Wirtschaftsgemeinschaft“, von Prof. Dr. Elmer Santos, Band I der Schriftenreihe Europäischer Zollverein e. V., Organisation Verlagsgesellschaft m. b. H. (S. Hirtel), Berlin W 8, 1928, 66 Seiten, Preis 2,20 M., broschiert. In dem schmalen Bändchen nimmt der bekannte Chronist der Weltwirtschaftskonferenz zu dem Problem Stellung.

Aus der Landeshauptstadt

Austauschspiele des Badischen Landestheaters. Seit längerer Zeit sind Verhandlungen, um mit unsern Nachbarbühnen wieder zur Veranstaltung von sogenannten Austauschspielen zu kommen, die sich früher einer Beliebtheit erfreut hatten. Die Besprechungen mit Mannheim haben dazu geführt, daß unser Landestheater dort mit einer unserer besonderen Opernaufführungen gastiert — Glud „Armida“ oder „Die heilige Ente“ von Gal — während Mannheim dafür in Karlsruhe mit der seltenen Oper Verdis „Requiem“ erscheinen wird. Ebenso wird ein Austausch mit Freiburg geschlossen, der schon in der nächsten Zeit damit getätigt wird, daß Freiburg hier an zwei Abenden eine moderne Operette, die in unserm Spielplan ja fehlt, spielen wird, und zwar „Die Herzogin von Chicago“ von Kalman.

Schulungsstager der deutschen Auslandsstudierenden in Karlsruhe. In der Technischen Hochschule Karlsruhe wird am 22. und 23. Februar eine Schulungsstager der deutschen Auslandsstudierenden an den Hochschulen von Baden und Württemberg veranstaltet. Die Tagung, die bisher abwechselnd in Heidelberg, Freiburg und Stuttgart stattgefunden hat, wird von der Vereinigung auslandsdeutscher Studierender an der Technischen Hochschule Karlsruhe geleitet und umfaßt eine Reihe wertvoller Vorträge über auslandsdeutsche Gebiete politischer und schulwirtschaftlicher Art. Der tiefere Zweck der Veranstaltung geht dahin, zur Erhaltung deutscher Wissenschaft und deutscher Kulturwerte im Ausland gemeinsame Arbeit zu leisten, die gerade bei den zukünftigen führenden Persönlichkeiten am ehesten gewährleistet ist. Den Teilnehmern an der Schulungsstager wird der Lehrerverein neben anderen Aufmerksamkeiten eine Rundfahrt zur Besichtigung der Sehenswürdigkeiten in der schönen Umgebung von Karlsruhe vermitteln.

Neuer Musiktempel für den Stadtgarten. Da der alte Musiktempel auf dem Wirtschaftspfad im Stadtgarten baufällig ist und den Anforderungen der Neuzeit zudem in seiner Weise entspricht, genehmigte der Stadtrat die Erstellung eines neuen Musiktempels in der Nähe des jetzigen in der Form einer Musikumhülle nach den Plänen des städtischen Hochbauamts. Die Kosten hierfür sieht der Gemeindehaushalt für das Jahr 1930 vor.

Wierzigjährige Dienstzeit. Im Reichsbahnausbesserungswerk Karlsruhe konnten dieser Tage 8 Angestellte auf eine vierzigjährige Dienstzeit zurückblicken. Aus diesem Anlasse wurden den Jubilaren verschiedene Ehrungen zuteil.

Badisches Landestheater. Das reiche Programm der 5 Vorstellungen des Fastnachtslabarets, die vom 9. bis 12. Februar stattfinden, ist vom Geist des Karnevals erfüllt und soll der heiteren Stimmung dieser Tage Rechnung tragen. Schon von vornherein aus künstlerischen Gesichtspunkten zusammengestellt, wird das ganze Programm in allen seinen Teilen künstlerische Leistungen auf dem Gebiet der heiteren Kleinkunst bringen, die dem Anlaß des Tages entsprechen. Selbstverständlich sind dem Ort entsprechend Rahmen, Inhalt und Durchführung des Programms so besetzt gehalten, daß der Besuch selbst jungen Mädchen gestattet werden kann. Überhaupt ist, wie auch im Vorjahr das Bestreben gewesen, auch diesmal wieder in den Darbietungen des Fastnachtslabarets, in denen sich auch die Vertreter der ersten Fächer im Sinne der Kalenderzeit betätigen, auf einer Linie zu bleiben, die den kulturellen Aufgaben und Interessen des Instituts entspricht. Es sei noch darauf hingewiesen, daß es nicht verboten ist, zu den Aufführungen des Fastnachtslabarets im Kostüm zu erscheinen, im Gegenteil ist es zur Erhöhung der Stimmung im Theater sogar erwünscht, daß die Besucher kostümiert sind. Damit ist auch denjenigen Herrschaften entgegengekommen, die nach der Vorstellung des Fastnachtslabarets sich noch zu einer Maskenveranstaltung begeben wollen.

Wetternachrichten der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Auf der Rückseite des gestern über dem Palatium angelangten kleinen Tiefdruckgebietes hat sich über Simland ein neuer Hochdruckkern aufgebaut, bei dem die Temperatur über einer frischgefallenen Schneedecke um 25 Grad gefallen ist, so daß dort heute früh Temperaturen zwischen 30 und 45 Grad Kälte gemessen wurden. In Deutschland hält das Frostwetter ebenfalls noch an, die heutigen Morgentemperaturen liegen meist zwischen 10 und 20 Grad Kälte; England befindet sich dagegen im Bereich der ozeanischen Warmluftmassen und hat unternormal mildes Wetter mit Tagestemperaturen von durchschnittlich 8 bis 10 Grad Wärme. Unter dem Einfluß des großen europäischen Hochdruckgebietes wird das Frostwetter bei uns anhalten. — Wetterausichten für Mittwoch: Fortdauer des Frostwetters.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	5. Febr.		4. Febr.	
	Gold	Devisen	Gold	Devisen
Amsterdam 100 G.	168.56	168.96	168.58	168.92
Kopenhagen 100 Kr.	112.20	112.42	112.25	112.47
Italien 100 L.	22.01	22.05	22.025	22.065
London 1 Pf.	20.403	20.443	20.403	20.443
New York 1 D.	4.2095	4.2175	4.2055	4.2085
Paris 100 Fr.	16.44	16.48	16.445	16.485
Schweiz 100 Fr.	80.85	81.11	80.945	81.010
Wien 100 Schilling	59.13	59.25	59.14	59.26
Brag 100 Kr.	12.454	12.474	12.459	12.479

Noch keine neue Diskontermäßigung. In der Zentralausschussung der Reichsbank am Montag wurde die Frage der Diskontermäßigung erörtert. Der Reichsbankpräsident und auch die Vertreter der Großbanken hielten eine weitere Senkung des Diskontsatzes im Augenblick und für absehbare Zeit nicht für zweckmäßig trotz der augenblicklichen Entwidlung am Geldmarkt. Man müsse zum mindesten noch eine längere Zeit abwarten. Als Gründe wurden angegeben, daß die Gefahr einer Abziehung der Auslandsguthaben berücksichtigt werden müsse, und daß aus den Erfahrungen mit der raschen Diskontsenkung im Jahre 1927 zu lernen gewesen sei.

Veröffentlichung der Bilanzen der badischen Kreditgenossenschaften. Die in dem Verband der ober- und unterbadischen Kreditgenossenschaften zusammengeschlossenen Genossenschaften veröffentlichten die Rohbilanzen per 31. Dezember 1928, deren Bilanzsummen von rund 123 Millionen Reichsmark sich gegenüber dem Vorjahre um rund 20 Millionen Reichsmark erhöht haben und sich somit immer mehr den Friedensjahren nähern. Die veröffentlichten Zahlen zeigen ein beträchtliches Anwachsen der Geschäftsguthaben um rund 23 Prozent und der Spareinlagen um rund 14,1 Millionen gegenüber 1927. Wenn man berücksichtigt, daß die von den Genossenschaften dem gewerblichen Mittelstand zur Verfügung gestellten Kredite per 31. Dezember 1928 rund 128 Millionen betragen, so erkennt man immer mehr die große Bedeutung der Kreditgenossenschaften für das badische Wirtschaftsleben.

Gemeinderundschau

Schließung der Straußwirtschaften. Den Bezirksämtern in den Weinbauregionen Baden ist vom Ministerium des Innern die Mitteilung zugegangen, daß, wie vorgelesen, vom 1. Februar an der Betrieb der Straußwirtschaften ohne Ausnahme einzustellen sei. Damit sind die mündlichen Besuche oder schriftlichen Eingaben der Inhaber von Wirtshäusern, ihnen das Ausschankrecht über den 1. Februar hinaus zu verlängern, hinfällig geworden.

Der Mannheimer Haushaltsplan 1929. Nach dem soeben veröffentlichten Haushaltsplan der Stadt Mannheim für das Rechnungsjahr 1929 sind durch die gemeindliche Grund- und Gewerbesteuer 9 776 000 M zu beden gegenüber 9 522 500 M im Jahre 1928. Es ist anzunehmen, daß durch Zunahme der Steuerwerte der Mehrbedarf, der aus der gemeindlichen Grund- und Gewerbesteuer zu decken ist, ausgeglichen und damit eine Erhöhung des Steuerfußes vermieden wird.

Heizung der Straßenbahnwagen in Mannheim. Der Stadtrat Mannheim hat beschlossen, beim Bürgerausschuß die erforderlichen Mittel anzufordern, damit sämtliche Straßenbahnwagen (Trieb- und Anhängerwagen) mit elektrischer Heizung versehen werden können.

Der Heidelberger Oberbürgermeistervertrag. Der Bürgerausschuß Heidelberg hat in nichtöffentlicher Sitzung der Vorlage des Stadtrats über den Dienstvertrag mit dem neuen Oberbürgermeister Dr. Karl Reinhaus zugestimmt.

Die Einwohnerzahl Schwetzingens. Am 1. Januar 1929 betrug die Einwohnerzahl Schwetzingens 9767, am 1. Februar 9784. Die Stadt dürfte nun bald die 10 000 erreicht haben.

Mädchenrealschulneubau. Der Stadtrat in Offenburg hat beschlossen, das Projekt betreffend Umbau des Hauses 12 der ehemaligen Kasernen zu einem Schulhaus der Mädchenrealschule zur Ausführung zu bringen. Der erforderliche Kostenaufwand mit 180 000 Reichsmark für die bauliche Herstellung und 30 000 Reichsmark für die Inneneinrichtung, zusammen 210 000 Reichsmark, ist abzüglich des bereits zur Verfügung stehenden Betrags von 40 000 Reichsmark, aus Anlehensmitteln mit Währlicher Tilgungsrücklage zu bestreiten. Der Bürgerausschuß wird sich demnach damit beschäftigen.

Für eine Vollbahn Kehl-Nastatt. Am Sonntag fanden sich in Kistenau b. Kehl die Vertreter von 18 Gemeinden des Ganauerlandes, der Bezirke Bühl, Nastatt, der Handelskammern Kehl und Karlsruhe, der Reichsbahndirektion Karlsruhe u. a. zusammen. Es wurde die Frage einer Vollbahn Kehl-Nastatt behandelt, deren Förderung in einer Entschließung an die zuständigen Reichs- und Landesbehörden niedergelegt wurde. Weiter wurde verlangt, daß die jetzt bestehende Nebenbahn Kehl-Nastatt des Fernverkehrs Schwarzach-Nastatt die direkte Linienführung Kehl-Nastatt aufnimmt.

Der Freiburger Stadtratskonflikt. Der Rücktritt der beiden Stadträte der Bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft, v. Chrismar (DVP.) und Glodner (DVP.), hat zu lebhaften Presseerörterungen in Freiburg geführt. Der Rücktritt des Stadtrats Glodner ist erfolgt wegen Meinungsverschiedenheiten zwischen ihm und dem Oberbürgermeister Dr. Bender. Diese haben zwar durch eine lokale Erklärung des Oberbürgermeisters ihre Erledigung gefunden. Trotzdem blieb Stadtrat Glodner in vollem Einverständnis mit seinen Fraktionskollegen der Deutschen Volkspartei bei seinem Rücktrittsentwurf. Der Rücktrittsgrund des Generals v. Chrismar soll der sein, daß von Chrismar ohne Genehmigung der Fraktion ein Amt als Aufsichtsratsmitglied der Schaumlandbahn-Aktiengesellschaft angenommen hat. v. Chrismar steht auf dem Standpunkt, daß er gesetzlich zu einer solchen Genehmigung nicht verpflichtet gewesen sei. Er ist übrigens aus dem Präsidium der Deutschen Nationalen ausgeschieden.

Ein Verkehrsverein Oberried bei Freiburg wurde in einer Versammlung, die unter Vorsitz von Bürgermeister Steinhardt stattfand, gegründet. In den Vorstand wurden gewählt: Kaufmann H. Schindler, Vorsitzender; Stierenswirt E. Kreuz und Oberwirt A. Jaus, Beisitzer; Wertmeister Witt. Rieber, Kassierer und Kaufmann H. Andels, Schriftführer. Bürgermeister Steinhardt stellte unter Zustimmung des vollzählig anwesenden Gemeinderats die Unterstützung des Vereins durch die Gemeinde in Aussicht.

Der Bürgerausschuß Schopfheim genehmigte die Vorlage der Gemeinnützigen Baubereinigung zwecks Erhellung von 12 Wohnungen. Die notwendigen Baudarlehen und Zinsen wurden bewilligt. Ferner wurde auch die Erhellung eines Beamtenwohnhauses mit einem Kostenaufwand von 60 000 M genehmigt.

Der Bürgerausschuß Willingen genehmigte die Erweiterung des Krankenhauses und die Einrichtung eines Mütterheims für zusammen 356 800 M. Dabei wurde festgestellt, daß nur 39 Proz. der Privatpatienten aus Willingen sind und die übrigen von auswärts. Die Krankenpatienten sind zu je 50 Proz. aus der Stadt und vom Lande. Ferner wurde der Erwerb der Spiegelhalderischen Schwarzwaldbahn in Benzloch um 60 000 M gutgeheißen. Damit wird Willingen die zweitbeste Heimatstation in Baden besitzen in Verbindung mit seiner bisherigen Altersheimstation. Endlich wurde auch die Erziehung einer Aufbauschule mit Internat einstimmig gutgeheißen.

Wohnungsbau in Singen a. S. Aus einer vom Bürgermeister Dr. Kaufmann aufgestellten Statistik über die Förderung des Wohnungsbauwesens von 1919 bis 1928 geht hervor, daß im ganzen 1269 Wohnungen errichtet worden sind. 1919 wurden 23, 1920 72, 1921 27, 1922 53, 1923 78, 1924 46, 1925 121, 1926 138, 1927 436 und 1928 216 neue Wohnungen errichtet. Für 1919 sind vorgesehen 400 000 Reichsmark für die Förderung des Wohnungsbauwesens.

Bürgermeisterwahl. In Bräg (Amt Schopfheim) wurde Bürgermeister Adolf Thoma, der seit 1920 die Geschäfte der Gemeinde lenkt, mit 176 von 183 abgegebenen Stimmen bei 232 Stimmberechtigten wiedergewählt.

Kurze Nachrichten aus Baden

Nr. 4 des Badischen Gesetz- und Verordnungsblattes hat folgenden Inhalt: Verordnung des Ministers des Innern; Gebühreordnung für die Prüfung von Aufzügen.

61b. Mannheim, 5. Febr. Dr. Karl Weiff, seit 1916 Prediger der freireligiösen Gemeinde Mannheims, der der freireligiösen Gemeinde Badens durch Begründung der Landesgemeinde Form gegeben, feiert am 6. Februar seinen 60. Geburtstag.

61d. Mannheim, 5. Febr. Seit längerer Zeit haben die Mannheimer Betriebe der Süddeutschen Gaststätten K.G. (Kaffee-Café, Kabinett, Vöbelle, Restaurant Clou und Weinhaus Malepartus) mit erheblichen Schwierigkeiten zu kämpfen, so daß mit dem Zusammenbruch des Unternehmens zu rechnen ist. Nun sind nach Zeitungsmeldungen die Zahlungen eingestellt worden und die Betriebe werden vom 1. Februar an auf Rechnung der Gläubiger weitergeführt. Wie man hört, will der Reichsbankdirektor, der die Grundstücke seit einiger Zeit erworben hat, die Süddeutschen Betriebe in der bisherigen Form beibehalten. Sollten sie sich auch dann nicht rentieren, so besteht die Aussicht, ein Geschäftshaus zu errichten. Das Kaffee-Café (früher Kumpelmayr, Holzengolzer und Grand-Café), das seit Jahrzehnten das führende Konzertcafé Mannheims war, ist damit der vielfachen Konkurrenz zum Opfer gefallen.

62. Heidelberg, 5. Febr. Am Sonntag feierte der hervorragende Historiker des Mittelalters an der Universität Heidelberg, Prof. Karl Hampe, seinen 60. Geburtstag.

61b. Säckingen, 4. Febr. Infolge des niederen Wasserstandes des Rheins können im Rheinbett drei Thermalquellen beobachtet werden, welche aus der großen Rotliegendespalte kommen. Die offene Hauptquelle hat eine Temperatur von 21 bis 22 Grad, und dürfte bei Sprengungen sehr ergiebig sein. Man hofft nun, bei den gegenwärtigen Wühlungen auf der Schiffslände auf eine der im Rhein liegenden Thermalquellen zu stoßen.

61b. Habsbühl, 5. Febr. Nachdem seit vier Tagen der Untersee fest zugefroren ist und die Eisdecke eine Stärke von 6 bis 10 Zentimeter erreicht hat, wurde eine große Fläche zwischen Gailenhofen und Stebborn und Hemmenhofen und Stebborn ausgefroren und für den Schlittschuhsport freigegeben. Am Sonntag herrschte großer Verkehr auf dem Untersee, und auf badischer wie Schweizer Seite entwickelte sich ein buntes Leben auf dem Eise.

D.491. Karlsruhe. Im Kontur über das Vermögen des Hauptmannes a. D. Otto Pang, z. B. in Mexiko, soll eine Abschlagsverteilung erfolgen. Dazu sind 5000 M verfügbar. Zu berücksichtigen sind 68 177,50 M nichtbevorrechtigte Forderungen. Das Verzeichnis der zu berücksichtigenden Forderungen kann auf der Geschäftsstelle A 9 des hiesigen Amtsgerichts eingesehen werden.

Carlruhe, 29. Jan. 1929. Der Konkursverwalter: Dr. Seipfel, Rechtsanwält.

D.506. Karlsruhe. In dem Verfahren über den Antrag auf Eröffnung des Konkurses über das Vermögen des Hermann Knapp, Mechaniker in Karlsruhe, ist das gegen den Schuldner erlassene allgemeine Veräußerungsverbot vom 2. Januar 1929 aufgehoben worden. Karlsruhe, 24. Jan. 1929. Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 9.

Bereidung von Walzarbeiten. Die Badische Wasser- und Straßenbahndirektion in Karlsruhe vergibt gemäß Verordnung des Finanzministeriums über das Verdingungsweesen vom 20. Januar 1928 in öffentlichem Wettbewerb die Ausführung der Walzarbeiten auf den badischen Landstraßen in 16 Losen. D.515 Die Verdingungsunterlagen können von uns gegen Voreinsendung des Betrages von 2 M bezogen werden. Angebote mit der Aufschrift „Walzarbeiten 1929“ sind bis längstens Mittwoch, den 20. Februar 1929, vormittags 10 Uhr, verschlossen und postfrei bei uns einzureichen, zu welchem Zeitpunkt die Öffnung der eingelaufenen Angebote stattfindet. Zuschlagsfrist: 1 Woche.

For. e. Stammholzverkäufe. d. Forstamts Rarionhe-Parb: 1. Freihandverkauf: Abschneidefrist: 157 III, 121 IV, 13 V. D.483 Angebote in ganzen Prozenten der Landesgrundpreise 1927 bis spätestens 15. Februar 1929 erbeten. 2. Versteigerung am Dienstag, 19. Februar 1929, vormittags 9 Uhr im Schloßhaus bei Karlsruhe; meist

Badisches Landestheater
Mittwoch, 6. Februar
G 16 Th.-Gem. 1101-1200 und 1401-1550
Herr Lambert hier
von Bernoulli
Regie: von der Trend
Mitwirkende:
Willer, Brand
Anfang 20 Ende 22
Preise A (0,70-5,00 M)
Do, 7. Febr., Katharina Knie,
Fr, 8. Febr., König Lear,
Sa, 9. Febr., Faust-
labarett
So, 10. Febr., nachmittags:
Faustlabarett, abends:
Faustlabarett
Mo, 11. Febr., Faust-
labarett
Die, 12. Febr., Faust-
labarett

Colosseum
Täglich 8 Uhr
Schweizer Gastspiel
Wodie Alpenrosen blühen
Vertreter
gesucht f. Darlehen, Hypotheken,
Finanzbüro Zaubau Marktstr. 5.

Bezirksarztsstelle Weinheim.

Die Bezirksarztsstelle in Weinheim ist zu besetzen. Bewerbungen sind binnen 3 Wochen hierher einzureichen. D.514

Carlruhe, den 2. Februar 1929.
Der Minister des Innern:
Remmele.

Das Staatsministerium hat mit Entschließung vom 16. Januar 1929 Nr. 181 ausgesprochen, daß gemäß § 16 Abs. 6 OStRG. D.489 a) der Eigentümer des Grundstücks Lgb. Nr. 180 der Gemarkung Springen verbunden ist, an der Neueinteilung der Grundstücke im Gewann Brunnenweisen in Springen nach Maßgabe des Planes vom 1. Dezember 1927 teilzunehmen.

b) die Eigentümer der Grundstücke Lgb. Nr. 179 und 188 der Gemarkung Springen verbunden sind, dieselben zum Zwecke der Durchführung der Neueinteilung gegen vorherige Entschädigung an die Gemeinde abzutreten.

S forzheim, den 31. Januar 1929.
Bezirksamt II.

Das Staatsministerium hat mit Entschließung vom 18. Januar 1929 Nr. 341 ausgesprochen, daß gemäß § 16 Abs. 6 OStRG. die Eigentümer der Grundstücke Lgb. Nr. 5964, 5968, 1 und 2 der Gemarkung Niefen verbunden sind, an der Neueinteilung der Grundstücke im Gebiet „Weim Schloß“ in Niefen nach Maßgabe des Planes vom 30. Januar 1928 teilzunehmen.

S forzheim, den 31. Januar 1929. D.488
Bezirksamt II.

Bei der Bezirks Sparkasse Adelsheim ist bis spätestens 1. April 1929 die Stelle des

Gegenbuchführers

zu besetzen. Anstellung erfolgt zunächst probeweise. Einreichung in staatliche Besoldungsordnung bei endgültiger Übertragung der Stelle. In Betracht kommen nur Bewerber mit mehrjähriger Sparkassenpraxis und welche geeignet sind, den Sparkassenleiter zu vertreten. D.468

Bewerbungen sind bis längstens 15. Februar 1929 unter Anschlag eines selbstgeschriebenen Lebenslaufes und lückenloser Originalzeugnisse (oder beglaubigter Zeugnisabdrücke) bei dem Unterzeichneten einzureichen.

Adelsheim, den 1. Februar 1929.
Der Vorsitzende des Verwaltungsrats:
Herrmann, Bürgermeister.

Wasserleitung Bülhertal. Die Gemeinde Bülhertal vergibt im Wege öffentlicher Verdingung die Eisenarbeiten für die Herstellung von etwa 5000 m Rohrleitungen aus gußeisernen Muffenröhren von 40 bis 125 mm Lichtweite, einschließlich der erforderlichen Formstücke, Schieber und Hydranten. Pläne und Bedingungen können auf dem untergesch-

neten Bauamt und auf dem Rathaus in Bülhertal eingesehen werden. An beiden Stellen sind auch Angebotsformulare erhältlich. D.468 Die Angebote sind verschlossen und mit der Aufschrift Wasserleitung Bülhertal bis spätestens Donnerstag, den 14. Februar 1929, vorm. 9 Uhr, auf dem Rathaus in Bülhertal einzureichen, woselbst die Öffnung der Angebote stattfindet. Bad. Kulturamt Offenburg.

Öffentliche Sparkasse Wolfach.

Bilanz auf 31. Dezember 1927.

Vermögen.	RM	Verbindlichkeiten.	RM
1. Kassenbestand	5 506,93	1. Spareinlagen	748 206,33
2. Guthaben bei Banken, Girozentralen und Post-Scheidamt	14 245,31	2. Giro- und Kontokorrenteinlagen	145 805,—
3. Wertpapiere	36 200,—	3. Aufgewertete Spareinlagen	522 014,40
4. Wechsel	1 064,—	4. Ausgaberrückstände	49,10
5. Darlehen auf Hypotheken	465 315,50	5. Geschiedener Reservefonds	33 168,—
6. Darlehen in laufender Rechnung an Private	149 269,41	6. Reingewinn vom Jahr 1927	4 334,32
7. Darlehen auf Schuldschein	41 514,35		
8. Darlehen an Gemeinden	286 847,33		
9. Einnahmerückstände	13 436,—		
10. Aufgewertete Hypotheken und andere Darlehen	324 298,03		
11. Fehlbetrag zur Aufwertungsmafie	107 530,80		
12. Gerätschaften	8 349,49		
	1 453 577,15		1 453 577,15

Berechnung der Rücklage:
Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
5% aus 894 011,33 M Einlagen 44 700,56 M
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1926 37 502,32 M
somit weniger 7 198,24 M

Wolfach, den 31. Januar 1929.
Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: G ä m m e r l e. D.486
Der Geschäftsleiter: R e e f.

Bezirks Sparkasse Todtnau (Öffentl. Verbands Sparkasse)

Mündelscher (3. Geschäftsjahr) Segründet 1925

Bilanz auf 31. Dezember 1928

Aktiva.	RM	Passiva.	RM
1. Kasse	9 558,56	1. Spareinlagen	406 2 1,65
2. Sorten und Kupons	1 300,47	2. Giroeinlagen	181 702,52
3. Postwechselguthaben	3 631,19	3. Anlehen	50 000,—
4. Wechsel und Schecks	31 493,67	4. Banken	7 270,84
5. Bankguthaben	23 818,85	5. Reservefonds:	
6. Darlehen an öffentliche Körperschaften	30 776,—	a) 1925	500,16 RM
7. Darlehen an Genossenschaften	66 186,—	b) 1926	6 500,—
8. Schuldloschen und Kontokorrentdebitoren	210 560,46	c) 1927	10 741,28
9. Hypothekendarlehen	292 182,44	Reingewinn 1928	12 833,39
10. Inventar	6 312,20	6. Abale	2 368,50 RM
11. Abale	2 368,50 RM		
	675 819,84		675 819,84

Berechnung der Rücklagen:
Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
8% aus den Einlagen 406 271,65 M 32 501,70 M
Sie beträgt am Schluß des Jahres 30 574,83 M
Mitin weniger 1 926,87 M

Todtnau, den 1. Februar 1929. D.487
Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: H u b e r, Bürgermeister.
Der Geschäftsleiter: F e l t e s, Sparkassenverwalter.